Salzburger Plattform gegen Atomgefahren. Für erneuerbare Energien.

plage NEWS

PN Juli 2/21

EURATOM.

Der Dinosaurier wird 64 Jahre alt

»Will you still need me,
will you still feed me,
when I'm sixty-four«

Neue EURATOM Analyse

Veränderungen
im Vorstand und Beirat

Out of the box:
Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz

Interview: Atomwaffen-
verbotsvertrag

Dinosaurier, Spinnen und Netze

Wie eng unsere Arbeit mit Tieren verbunden ist.

Mit QR-Codes verweisen wir auf weiterführende Informationen. In den neuen Betriebssystemen von Smartphones oder Tablets sind die dafür notwendigen Reader als App verfügbar. Einfach ausprobieren!

Liebe Leserinnen und Leser,
die Energiezukunft wird lokal, in jeder Gemeinde, jedem Haus, jeder Wohnung und von jedem einzelnen Menschen entschieden. Das ist die halbe Wahrheit.

Die ganze Wahrheit ist, dass es auch Strukturen und Mächte gibt, die nur politisch verändert werden können. Es sind Mächte, die ein Eigenleben führen und das Licht einer kritischen Öffentlichkeit scheuen. Euratom zum Beispiel. Diese zähe Spinne webt seit 64 Jahren verborgene Förderungs-, Schutz- und Auffangnetze für die Atomindustrie. Ohne Euratom sähe es schlecht aus für diesen in Wahrheit längst unwirtschaftlich gewordenen gefährlichen, überholten Koloss.

Wir von der PLAGE arbeiten auch an einem Netz. Aber wir suchen dabei die Öffentlichkeit. Je öffentlicher, desto besser! Im engen Verbund europäischer Atomkraftgegner versuchen wir, die von der EU initiierte „Konferenz zur Zukunft Europas“ für ein Europa ohne Euratom zu nutzen, und entsprechende Informations- und Lobbyarbeit zu betreiben.

Wie? Das lesen Sie in dieser Ausgabe unserer plage News. Wem dazu spontan die Geschichte von David gegen Goliath einfällt, liegt richtig. Aber David – weniger Bibelfeste seien daran erinnert – hat gewonnen!

Über den engen Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Atomenergienutzung haben wir mit Friedensforscher Thomas Roithner gesprochen. Er weist im Interview auch auf die vielfältigen Möglichkeiten hin, die Österreich hat, um gegen den ungebremsten globalen Rüstungswettlauf Initiativen zu setzen.

Ansonsten berichten wir noch über Entdeckungen im Kobernausser Wald, verhinderte PLAGE-Aktionen, erfreuliche Trends, tolle Spenden, neue Gesichter und ähnliches.

Wir hoffen auf Ihr Interesse und wünschen einen vergnüglichen Sommer!

Ihre plage News Redaktion

AUS DEM INHALT

PLAGE MENSCHEN 3
EURATOM-ANALYSE 4
OUT OF THE BOX 8
PLAGE MENSCHEN 9
INTERVIEW 10
PLAGE TAGEBUCH 13
NACHLESE 17
PRESS CORNER 19

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger:
Verein Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Verlagsort: 5020 Salzburg
Redaktion: Aufbereitung & Koordination Julia Bohnert (JB);
Heinrich Breidenbach (HB); Christa Wieland (CW)
Vereinsadresse: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Österreich
Telefon und Fax: +43 662 643567
E-Mail: info@plage.at | www.plage.at
Bürozeiten: Dienstag bis Freitag 9-13 Uhr
Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.
Grafische Gestaltung: Hans-Peter Traunig – www.levelseven.at
Bildnachweise: Dinosaurier: 182058470 Andrew_Howe / istockphoto.com
Icons: www.thenounproject.com
Produktion: offset5020 Druckerei- und Verlagsgesellschaft

Fördergeber & Unterstützer

Wir bedanken uns sehr herzlich bei unseren Fördergebern, vor allem dem Land Salzburg und der Stadt Salzburg, für die Unterstützung unserer Arbeit.

LAND SALZBURG
STADT : SALZBURG

Obmann-Wechsel in der PLAGE

Heinz Stockinger übergibt sein Amt an Franz Daschil. Damit geht eine Ära der PLAGE zu Ende, eine neue beginnt und soll durch Einbindung jüngerer Personen nachhaltig den Weg der PLAGE fortführen.

(HB/JB) Heinz Stockinger ist Mitbegründer der PLAGE. Als Obmann navigierte er das PLAGE-Schiff über Jahrzehnte hinweg durch stürmische und ruhige Gewässer – mit viel Beharrlichkeit, einem ausgeprägten politischen Scharfsinn, einem Talent für sprachlichen Ausdruck, mit Leidenschaft, Tiefgang, Umsichtigkeit und vor allem Menschlichkeit. Als „Gesicht" der Salzburger Atomgegner hat er nun „das Bedürfnis, etwas loszulassen und der PLAGE künftig als Konsulent zur Verfügung zu stehen. Nach bald 45 Jahren Tätigkeit an der Antiatomfront in Salzburg, Österreich und international ist es Zeit, die Leitung und die Weiterführung der PLAGE-Tätigkeiten in andere Hände zu geben. Mit dem Physiker, Strahlen- und Umweltexperten Dr. Franz Daschil wurde der denkbar beste Nachfolger gefunden, das hat mir die Übergabe der PLAGE-Obmann Funktion sehr erleichtert."

Franz Daschil wurde auf einer virtuellen Mitgliederversammlung im Februar 2021 zum Obmann der PLAGE gewählt. Nach reiflicher Überlegung hat Franz das Amt übernommen. Er ist quasi mit den ersten Protestbewegungen gegen Atomenergie „aufgewachsen". In seinem Physikstudium an der Universität Salzburg wurden Franz die drastischen Auswirkungen und das Risiko der Atomenergie rasch bewusst. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl konnte er als damaliger Assistenzprofessor durch frühe Radioaktivitätsmessungen und Risikoabschätzungen maßgeblich zum Schutz und der Aufklärung der Salzburger Bevölkerung beitragen. In der Folge baute Franz das Radiologische Messlabor des Landes Salzburg auf. Er war und ist als Forscher und Lektor an der Universität Salzburg, der FH Oberösterreich und an ausländischen Universitäten in den Bereichen Strahlenschutz, Radioaktivitätsmessung, Umwelttechnologien, Erneuerbare Energie und Wissenschaftskommunikation tätig.

Franz Daschil bedankt sich bei Heinz Stockinger für „sein unermüdliches und hartnäckiges Anti-Atom Engagement, vor allem auch in Jahren, in denen das Thema nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stand und in denen ein langer Atem besonders notwendig war." Mit seiner Wahl zum neuen Obmann folge „ein Urgestein auf ein Urgestein. Vor diesem Hintergrund ist mir die Einbindung der jungen Generation besonders wichtig! Mir ist es ein Anliegen, das Bewusstsein für die Gefahren der Atomenergie bei den jungen Menschen zu stärken und einen Wissenstransfer zu schaffen. Zudem möchte ich die Obmannschaft in zwei Jahren in jüngere Hände übergeben".

Heinz, wir danken dir! Willkommen, Franz!

© Nil Stranzinger

Auf Heinz Stockinger folgt ...

© Heinrich Breidenbach

Franz Daschil als Obmann der PLAGE

EURATOM: „Will you still need me, will you still feed me, when I'm sixty-four?" PLAGE: „Nein Danke! Switch off: EURATOM"

Die Europäische Atomgemeinschaft wird dieses Jahr 64 Jahre alt. Höchste Zeit, den zugrunde liegenden EURATOM-Vertrag endlich zu entmachten und abzuschaffen. Das Umweltressort des Landes Salzburg förderte unsere intensive Arbeit an der Erstellung einer EURATOM-Analyse im Rahmen eines Sonderprojektes.

(JB) "When I'm Sixty-Four" – ein bekanntes Lied der Beatles, das Gabi Schweiger von atomstopp_oberoesterreich in Bezug auf mögliche gemeinsame EURATOM-Aktivitäten in einem unserer ZOOM-Meetings einfiel. 64 Jahre alt – was nun? "You'll be older too. And if you say the word, I could stay with you". Unsere eindeutige Antwort darauf: „Nein Danke, EURATOM!"

In mehreren online-Videokonferenzen mit europäischen NGOs kristallisierte sich seit Ende Mai letzten Jahres verstärkt die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens im Hinblick auf EURATOM heraus. Warum? Auf europäischer Ebene soll der Green Deal mit seinem Hauptziel, Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, umgesetzt werden; die „Konferenz zur Zukunft Europas", bei der sich alle EU-BürgerInnen mit ihren Anliegen aktiv in die Neugestaltung der Europäischen Union einbringen können und bei der eine Verfassungsänderung der EU nicht ausgeschlossen ist, wurde endlich gestartet; die „Schlacht" um die europäische Taxonomie, einem Gütesiegel für „grüne" und nachhaltige Finanz- und Investitionsprodukte, von der die Atomindustrie unbedingt als nachhaltig eingestuft werden will, tobt. Ein Blick nach Österreich: im September 2020 wurde die Klage der österreichischen Bundesregierung gegen die horrenden staatlichen Beihilfen der britischen Regierung für den AKW-Neubau Hinkley Point C abgeschmettert – gestützt auf dem EURATOM-Vertrag; Klimaschutzministerin Gewessler präsentierte Anfang Mai ein juristisches Gutachten von Rechtsanwältin Dr.in Fouquet zur Reform von EURATOM.

Wir haben uns darangesetzt, eine EURATOM-Analyse zu erstellen. Eine fundierte und übersichtliche Grundlage für die Aufklärung über und das politische Handeln gegen EURATOM. Wir bedanken uns beim Umweltressort des Landes Salzburg für die Förderung dieser wertvollen Grundlagenarbeit! Auf den folgenden Seiten und in den kommenden plage News stellen wir euch jeweils Auszüge aus unserer Analyse vor. Die Analyse ist als Print unter info@plage.at beziehbar und steht auch als Download zur Verfügung.

PDF Download
Die Analyse steht auf unserer Website, dort sind alle Quellenangaben verlinkt. Gerne zum Teilen!

Aus der EURATOM-Analyse: Vorwort

Die Europäische Atomgemeinschaft existiert seit 1957. Das dazugehörende Vertragswerk, der EURATOM-Vertrag, regelt die Verbreitung und Förderung der Atomenergie in Europa. Der Vertrag ist ein Relikt der Frühphase europäischer Politik. Der EURATOM-Vertrag ist wie ein lebender Dinosaurier, der völlig aus der Zeit fällt und (dennoch) sämtliche Fortschritte des EU-Rechts und der europäischen Integration schlagkräftig abwehrt. Atomkatastrophen wie Tschernobyl und Fukushima hat er überlebt. Grundlegenden Veränderungen auf energiepolitischer Ebene sowie in der gesellschaftspolitischen Akzeptanz von Atomenergie hielt er beharrlich stand. Bis heute zieht der Dinosaurier EURATOM machtwirksam seine Kreise zugunsten der Atomindustrie. Unverändert.

Im Schatten der Öffentlichkeit spielt die Europäische Atomgemeinschaft eine wesentliche Rolle in der europäischen Energiepolitik. Als primärrechtlicher Sektorvertrag erfüllt der EURATOM-Vertrag folgenden Funktionen:

© Julia Bohnert

EURATOM im Rahmen der Zukunftskonferenz – wohin soll die Reise gehen? Die PLAGE überreichte der österreichischen Bundesministerin für Umwelt, Leonore Gewessler, bei einem Gespräch am 5. Juli 2021 die neue EURATOM-Analyse (im Bild, v.li.n.re: Umweltministerin Leonore Gewessler; Julia Bohnert (Plattform gegen Atomgefahren Salzburg); Gabi Schweiger (atomstopp_oberoesterreich); Reinhard Uhrig und Patricia Lorenz (Global 2000).

- Finanzielle Bevorzugung der Atomforschung (Kernspaltung und Kernfusion) gegenüber Forschungsprojekten im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung sowie Effizienz- und Speichertechnologien
- Grundlage einseitiger rechtlicher Entscheidungen zugunsten der Atomindustrie dank seines Status als europäisches Primärrecht

Das Cover der EURATOM-Analyse, die Hans-Peter Traunig von »levelseven« grafisch in Szene gesetzt hat

- Schutz eines hochriskanten Wirtschaftszweiges vor demokratischer Kontrolle und Mitsprache sowie vor adäquater Regulierung
- Sicherung signifikanter Wettbewerbsvorteile für die Atomindustrie gegenüber anderen Energieträgern

EURATOM sichert einer hochriskanten Nischenindustrie das Überleben. Auf einem freien Energiemarkt kann Atomenergie mit zukunftsweisenden und günstigen Erneuerbaren Energien nicht konkurrieren. Das fällt ihr mittlerweile trotz EURATOM-Schutzmantel schwer. Darüber hinaus ist die Atomenergie nicht in der Lage, einen Beitrag zur Bewältigung des weltweiten Klimanotstandes zu liefern. Stattdessen schafft sie neue, unumkehrbare und unlösbare Probleme.

EURATOM hat im Schatten der Öffentlichkeit eine Sonderwirtschaftszone für die Atomenergie etabliert. Mit der vorliegenden Broschüre holen wir diesen rechtlich geschützten und finanziell gestützten Bereich in das Licht einer kritischen Auseinandersetzung. (...)

EURATOM-Besonderheit: Rechtsstatus

Als einer der Gründungsverträge der Europäischen Union hat EURATOM primärrechtlichen Status. Das Primärrecht ist das ranghöchste Recht der EU. Es bildet den rechtlichen Rahmen für die Verteilung der Befugnisse und Zuständigkeiten zwischen der EU und den EU-Ländern sowie für die Formulierung und Umsetzung der Politik durch die Organe der EU. Der EURATOM-Vertrag ist ein Sektorvertrag (lex specialis) für den Bereich der Atomenergie (zu den Entstehungszeiten der EU gab es zudem

Sektorverträge für Kohle und Stahl sowie einen gemeinsamen Wirtschaftsraum). Er stellt einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den Parteien dar und ist zeitlich unbegrenzt gültig – offenbar ein Ewigkeitsvertrag. Die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" lief nach 50-jährigem Bestehen hingegen 2002 aus.

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind auch Mitglieder der Europäischen Atomgemeinschaft. Aus beiden Gemeinschaften ist ein Austritt grundsätzlich möglich. Der Austritt aus der Europäischen Union ist in dem Vertragswerk von Lissabon 2009 festgelegt. Der EURATOM-Vertrag beinhaltet zwar keine Ausstiegsklausel, er ist jedoch wie jeder andere völkerrechtliche Vertrag grundsätzlich aufkündbar . Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ist beispielsweise am 31. Januar 2020 aus der Europäischen Union und aus EURATOM ausgetreten. Nach erfolgtem Austritt schloss das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Atomgemeinschaft – vertreten durch die Europäische Kommission – ein eigenes, neues „Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sicheren und friedlichen Nutzung der Kernenergie" ab. Nach Art. 101 des EURATOM-Vertrages kann die EU-Kommission im Namen von EURATOM internationale Verträge abschließen – auch ohne Beteiligung des Rates oder des Europäischen Parlamentes. (…)

Einer unserer vielen Kritikpunkte: EURATOM ist unzeitgemäß.

Die energiepolitischen Rahmenbedingungen und die gesellschaftliche Akzeptanz von Atomenergie haben sich seit 1957 grundlegend geändert. Schwere Unfälle haben gezeigt, dass die Energiegewinnung durch Kernspaltung ein für Menschen unbeherrschbares Risiko darstellt. Im Hochtechnologieland Japan wurde das Restrisiko 2011 mit Fukushima zur Realität. Die atomare Notlage und die daraus resultierende Tragödie dauern bis heute an – der Versuch, die vorhandene radioaktive Strahlung unter Kontrolle zu bringen, erscheint hoffnungslos.

Darüber hinaus steht EURATOM seit 1957 abseits des europäischen Integrationsprozesses. Der sektorale Charakter einer privilegierten „Atomgemeinschaft" widerspricht jenem der europäischen Vergemeinschaftung, die in anderen Politikbereichen, in Produkt- und Industriezweigen vollzogen wurde. So darf die weiterentwickelte EU-Umweltpolitik im Hinblick auf den Umgang mit Atomenergie – beispielsweise gemäß des Grundsatzes „Vorsorge und Vorbeugung" im Bereich der nuklearen Sicherheit – nicht regulierend eingreifen, da durch den EURATOM-Vertrag hierfür eine spezifische Zuständigkeit besteht. Der EURATOM-Vertrag verhindert somit in vielen Bereichen den Eingriff der EU in Angelegenheiten des Nationalstaats, der mittlerweile über EU-Recht möglich und zielführend wäre.

> ***Im Fall des AKW-Neubaus Hinkley Point C bestätigten sowohl das Gericht (EuG) als auch der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), dass der EURATOM-Vertrag juristisch den gleichen Rang beziehungsweise »Wert« wie die zwei Hauptverträge der EU (EUV und AEUV) besitzt. Als Primärrecht genießt dieser Schutzvertrag für eine einzige und noch dazu hochriskante Industrie daher den gleichen Status wie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Charter of Fundamental Human Rights of the EU).***
>
> ***Das ist ein Skandal!***

Während die Atomforschungsaktivitäten der Europäischen Atomgemeinschaft über die Jahre sukzessiv ausgebaut wurden, blieben Fortschritte im Bereich der Regulierung – wie etwa im Bereich Strahlenschutz oder nukleare Sicherheit – äußerst begrenzt . Die bisher geringe Anzahl an Gesetzgebungsakten (meist in Form von Richtlinien) verdeutlicht, dass die Europäische Atomgemeinschaft als supranationaler Akteur selten in die Angelegenheiten der Nationalstaaten eingreift beziehungsweise Regulierungen auf nationaler Ebene verbindlich umsetzt. Das kommt pro-Atom-Mitgliedstaaten entgegen. Eine transparente und demokratische Regulierung wichtiger Fragen im Umgang mit der Kernenergie und ihren Risiken – wie etwa das Sicherheitsniveau kerntechnischer Anlagen und eine gemeinschaftliche Überprüfung national entwickelter Standards – ist über EURATOM nicht möglich und auch nicht gewollt.

© Hans-Josef Fell

Hans-Josef Fell

Der EURATOM-Vertrag sichert der Atomindustrie besondere Privilegien und: ihr Überleben. Die vorliegende Studie stellt in einmaliger Art diese Sonderrechte und Hintergründe zusammen und schafft endlich öffentliche Transparenz in einem großen intransparenten, undemokratisch organisierten Regelwerk für die Atomenergie. Diese Analyse ist der dringend notwendige Aufschlag für eine breit angelegte Debatte zur Abschaffung des EURATOM-Vertrages und einen längst überfälligen europäischen Atomausstieg.

Hans-Josef Fell
Präsident Energy Watch Group; Mitglied des deutschen Bundestages 1998-2013

© Christine Lutz / Greenpeace Energy eG

Sönke Tangermann

Der EURATOM-Vertrag stammt aus der Steinzeit der europäischen Energiepolitik und ist ein Bremsklotz für die ökologische Energiewende in der EU. Der Europäische Gerichtshof berief sich auf dieses Vertragswerk, als er milliardenschwere Atomsubventionen für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C für rechtmäßig erklärte und wir dagegen klagten. Öffentlichkeit, Politik und Medien müssen deshalb über die hemmende Bedeutung von EURATOM für die Energiewende sensibilisiert werden. Die vorliegende Analyse ist dafür eine wertvolle Grundlage, die in ihrer umfassenden Zusammenstellung ihresgleichen sucht.

Sönke Tangermann · Vorstand Greenpeace Energy eG

Broschüre kostenlos bestellen! Wir freuen uns über Spenden!
Sie können die EURATOM-Analyse als Print unter info@plage.at bestellen.
Zudem steht sie als Download auf unserer Website zur Verfügung.

QUELLEN:

[1] Das Primärrecht der Europäischen Union. Online: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3Al14530
[2] Fischer, Severin (2011). EURATOM und die Energiewende. Szenarien für die Zukunft des europäischen Atomvertrags. Arbeitspapier der Forschungsgruppe EU-Integration. Stiftung Wissenschaft und Politik: Berlin. S. 9.
[3] Ebd., S. 8.
[4] Empfehlung der Europäischen Kommission für einen Beschluss des Rates über die Zustimmung zum Abschluss – durch die Europäische Kommission – des Abkommens zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Europäischen Atomgemeinschaft über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sicheren und friedlichen Nutzung der Kernenergie. 26.12.2020. Online: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020PC0857&from=EN
[5] Quelle und Geltungsbereich des Rechts der Europäischen Union. Online: https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/6/sources-and-scope-of-european-union-law
[6] Deutsche Ethikkommission Sichere Energieversorgung (2011). Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Berlin. S. 31. Online: https://www.bmu.de/download/deutschlands-energiewende-ein-gemeinschaftswerk-fuer-die-zukunft/
[7] Fischer 2011, S. 5.
[8] Ebd., S. 6.
[9] Ebd., S. 10 & 11.

Ökostrom in Österreich: die Branche hat lange gewartet – endlich ist das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz da

Was bedeutet das Gesetz zum Ausbau der Erneuerbaren Energien? Wir haben bei Markus Schwarz, Geschäftsführer der Öko Strombörse Salzburg, nachgefragt.

Ab den 1950er Jahren war Wasserkraft lange Zeit die einzige Technologie, um in Österreich Ökostrom zu erzeugen. Erst vor etwa 20 Jahren wurde mit dem Ausbau der Windkraft begonnen, ergänzt um Photovoltaik ab dem Jahr 2010. Aktuell liegt der Ökostrom-Anteil in Österreich bei 76 % (Stand 2019) und setzt sich zu 60 % aus Wasserkraft, 10 % Windkraft, 5 % Biomasse und zu 1 % aus Photovoltaik zusammen.[1]

Im Zuge der nationalen Klima- und Energiestrategie (#mission2030) wurde das Ziel definiert, die Stromerzeugung bis 2030 auf 100 % aus erneuerbaren Energieträgern umzustellen. Demnach soll die Stromerzeugung um 27 TWh angehoben werden, was im Vergleich zu heute einer Steigerung um etwa 50 % entspricht. Diese Steigerung ist mit einer allgemeinen Zunahme des Strombedarfs (jährlich etwa +2 %[2]) verbunden und der Tatsache, dass für Anwendungen wie Elektroautos und Wärmepumpen in Zukunft viel Strom benötigt wird. Aus Sicht der Ökostromerzeugung bedeutet dies, dass in weniger als einem Jahrzehnt die Windkraft mehr als verdoppelt (+10 TWh) und die Photovoltaik gar mehr als verzehnfacht (+11 TWh) werden soll.[3]

Ob sich diese Zielsetzung erreichen lässt, hängt maßgeblich vom Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) ab. Damit wird das Fördersystem (v.a. durch Marktprämien und Investitionszuschüsse) auf komplett neue Beine gestellt und die Demokratisierung der Energieerzeugung vorangetrieben. Konkret werden durch das EAG sogenannte Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften ermöglicht, um über Grundstücksgrenzen hinweg Strom produzieren, speichern und nutzen zu können. Das EAG sieht unter anderem auch Vorteile für EndkonsumentInnen vor: sie haben erstmals das Recht auf einen Netzanschluss zur Produktion Erneuerbarer Energie. Sie dürfen unbegrenzt so viel Strom in das Netz einspeisen, wie sie produzieren. Für die kommenden 10 Jahre soll es somit zu entscheidenden Weichenstellungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien kommen. Wenngleich das EAG von vielen Seiten kritisch gesehen wird (v.a. was die Komplexität betrifft), so wartete die gesamte Energiebranche auf das Gesetz, um damit – nicht zuletzt aufgrund einer dadurch entstehenden Planungssicherheit – die Ökostromerzeugung in Österreich voranzutreiben. Die Regierung drückt nämlich insbesondere beim Ausbau der Windenergie auf die Stopp-Taste: seit 2020 stehen keine Fördermittel für neu genehmigte Windparks zur Verfügung. Auch die Einspeisevergütungen, insbesondere für Klein-Windkraftwerke, sind dermaßen gering (9 Ct/kWh), dass nicht von einer Förderung gesprochen werden kann.

QUELLEN:

[1] E-Control, Oesterreichs Energie, [2] Austrian Energy Agency, [3] EAG-Gesetz

Website Link

Als gemeinnütziger Verein befasst sich die Öko Strombörse mit der Entwicklung, Begleitung und Finanzierung von erneuerbaren Energieprojekten, insbesondere Photovoltaik. Die PLAGE ist einer der vier Trägervereine der Öko Strombörse.

© Thomas Neff

Eine unserer PLAGE-Aktionen im Windpark Munderfing, 2017.

Ein neues Gesicht im PLAGE-Beirat

© Heinrich Breidenbach

Heinrich Breidenbach

Heinrich Breidenbach – Journalist, Betreiber einer Kajak-Schule und lebensbegleitend im Umwelt- und Sozialbereich engagiert – unterstützt uns seit Februar. Christa Wieland hat sich mit ihm unterhalten.

Der Beirat hat eine beratende Funktion für das Team und den Vorstand der PLAGE. Was möchtest Du als Beiratsmitglied in der PLAGE einbringen?

In der PLAGE gibt es sehr viel Wissen um die Atomkraft und eine gute nationale und internationale Vernetzung. Ich bringe eine Außensicht ein, und stelle die Frage, was davon draußen ankommt. Persönlich interessieren mich alle konkreten Bemühungen um erneuerbare Energien und Energiesparen. Diese Alternativen waren immer mit der Kritik an Atomkraft verbunden. Die österreichische und Salzburger Politik braucht zudem den Ansporn aus der Bevölkerung, ihre offiziell atomkritische Haltung auch tatkräftig umzusetzen.

Weswegen ist Dir gerade das Engagement in der PLAGE wichtig?

Weil die Arbeit der PLAGE wichtig ist. Die „friedliche“ und militärische Nutzung der Atomkraft sind ein unvertretbares und unnötiges Risiko. Eine Technologie, die keine Fehler erlaubt und über Generationen gefährlich bleibt, ist ein Irrweg. Fehler passieren und niemand kann eine Garantie dafür übernehmen, dass menschliche Gemeinschaften über Jahrtausende so weiter funktionieren, dass sie etwa hochradioaktiven Atommüll lagern, sichern und verwalten können. Ich will auch nicht, dass die Atomkraft im Zuge der notwendigen Bemühungen um eine Senkung der CO_2-Emissionen unter vorgeblich „grünen“ Vorzeichen wieder auflebt.

Kommunikation ist ein wichtiger Teil Deiner beruflichen Tätigkeit. Auch die Inhalte der PLAGE brauchen eine gelungene Kommunikation, um bei den Menschen anzukommen. Was ist Dir in diesem Zusammenhang wichtig?

Die PLAGE kann keine Wunder wirken. Die Menschen wollen nicht immer vor Gefahren gewarnt werden. Wir können nicht permanent im vollen Bewusstsein von Bedrohungen leben, selbst wenn diese sehr real sind. Das würden wir nicht aushalten. Die Verdränger und Beschöniger haben es daher immer leichter. Aber die Frage, wie kann mehr von dem so reichlich vorhandenen Wissen, Tun und Wollen bei mehr Menschen ankommen, ist immer gut gestellt. Jeder positive politische Ansatz, jeder kleine Fortschritt, jede berechtigte Hoffnung und jeder praktische Handlungsansatz sind der Kommunikation wert.

In einem Satz zusammengefasst: An der PLAGE gefällt Dir besonders, …

dass sie den Bogen des Engagements gegen die Atomkraft schon so viele Jahre gespannt hält, dieses Thema auch durch die Wellentäler öffentlicher Aufmerksamkeit durchgetragen hat und immer noch durchträgt.

Das neue Buch von Heinrich Breidenbach „Achtung! Wortkeulen“

Ökologisch Engagierte kennen die populären Schlagworte mit denen Diskussionen um ein gutes, nachhaltiges Leben und Wirtschaften beeinflusst oder erstickt werden. „Ihr wollt ja alles verbieten!“ ist etwa so ein gängiger Vorwurf. Oder es wird die „Neid“-Keule geschwungen, wenn ein ökologisch unverträglicher Lebensstil kritisiert wird. Diese Schlagworte sind durch häufige Wiederholung zu politikmächtigen „Wortkeulen“ geworden. Sie verlangen nach Widerspruch.
Heinrich Breidenbach bürstet in seinem neuen Buch 26 gängige neoliberale, konservative, völkische, antiökologische oder unbedachte „Wortkeulen“ gegen den Strich.

„Achtung! Wortkeulen – Die Sprachtricks der Schlechtmenschen“, Edition Tandem, Salzburg 2021

Der Atomwaffenverbotsvertrag: ein völkerrechtliches Instrument gegen Atomwaffen

Anlässlich des Inkrafttretens des UN-Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) am 22. Jänner 2021 haben wir den österreichischen Friedensforscher Thomas Roithner interviewt. Handelt es sich um weiteres folgenloses diplomatisches Papier oder um eine realistische Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt? Welchen Beitrag kann Österreich leisten?

PLAGE: Anfang dieses Jahres ist – nachdem ihn die dafür erforderlichen 50 Staaten unterzeichnet und ratifiziert hatten - der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) als bindendes Völkerrecht in Kraft getreten. Dem AVV können laufend weitere Staaten beitreten. Die europäischen NATO-Staaten weigern sich jedoch, ebenso wie die neun Atommächte, das zu tun und ihre Atomwaffen zu verschrotten. Von den EU-Mitgliedsländern haben den Vertrag bislang nur Österreich, Irland und Malta ratifiziert. Hat der Vertrag trotzdem einen positiven praktischen Nutzen?

Thomas Roithner: Ja! Wir dürfen nicht vergessen, dass uns mit diesem Vertrag ein völkerrechtliches Instrument vorliegt, dass nicht nur den Einsatz, Besitz, Tests, Durchfuhr, Lagerung etc. von Atomwaffen verbietet, sondern in umfassender Weise auch beispielsweise die Beseitigung von Umweltschäden sowie die Entschädigung von Opfern (nicht nur von den Atombombenabwürfen, sondern auch von Atomwaffentests) vorsieht. Dadurch erweitert dieser Vertrag den konventionellen Sicherheitsbegriff: es geht nicht nur um nationalstaatliche Sicherheit, sondern ebenso um humanitäre und ökologische Aspekte. Der Vertrag spiegelt somit das erweiterte Verständnis von „menschlicher Sicherheit“ wider. Er ist ein Meilenstein auf einem langen Weg zu einer atomwaffenfreien Zukunft. Und ein Instrument, um politischen Druck auf die Atomwaffenstaaten ausüben zu können.

Wegweisend war auch das Zustandekommen des Vertrags: 122 Staaten haben im Juli 2017 den „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ angenommen, der im Austausch mit diplomatischen VertreterInnen und unter enormer Beteiligung von NGOs (wie der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons, ICAN, den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges, IPPNW, oder dem Internationalen Versöhnungsbund) vorbereitet wurde und nun von jedem Staat ratifiziert werden kann. Das Abkommen wurde in der Generalversammlung der Vereinten Nationen – nicht ihrem Sicherheitsrat mit den fünf permanenten, atomwaffenbesitzenden Mitgliedern – eingebracht. An den Verhandlungen konnten somit sämtliche Staaten teilnehmen. Der AVV verdeutlicht, wie ein Vertrag ohne die Zustimmung jener Staaten, die vornehmlich an der Erzeugung und dem Einsatz von Atomwaffen beteiligt sind, zustande kommen kann.

Welche Rolle spielt Österreich in diesem Prozess? Was kann die österreichische Zivilgesellschaft tun?

Die Rolle Österreichs ist aus meiner Sicht zentral, denn wir haben schon bisher eine Vorreiterrolle bei der Entstehung dieses Vertrags eingenommen und können das auch in Zukunft tun. Vom 12. bis 14. Jänner 2022 richtet Wien die erste Staatenkonferenz zum neuen Atomwaffenverbotsvertrag aus. Die Einladung des österreichischen Außenministeriums und des Vorsitzenden der Konferenz, dem österreichischen Diplomat Alexander Kmentt, richtet sich an alle Staaten: an jene, die den AVV unterzeichnet, ihn über eine Ratifizierung jedoch noch nicht in nationales Recht gegossen haben und als Beobachter teilnehmen können ebenso wie Atomwaffenstaaten, die noch gar nicht unterzeichnet haben. Was die Zivilgesellschaft und NGOs jetzt machen können? Eine Plattform begleitend zur offiziellen Konferenz etablieren, um Diskussionen zwischen DiplomatInnen, ExpertInnen und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen: PartnerInnen aus der Zivilgesellschaft aus Staaten, die noch nicht ratifiziert haben, einladen; Schattenkonferenzen organisieren usw. Österreich nimmt durch den Sitz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), der Atomteststoppbehörde (CTBTO) in Wien, als neutraler Gastgeber für viele bilaterale Verhandlungen sowie als Taktgeber und Schrittmacher im Hinblick auf die Entstehung und Umsetzung des AVV eine herausragende Rolle ein. Wir könnten es in Österreich schaffen, neben den großen Konferenzen auch Treffen von NGOs und interessierten Teilen der Bevölkerung vorzubereiten, um Vorschläge für eine atomfreie und friedliche Zukunft zu diskutieren. Damit haben wir die Chance, auch neben den offiziellen Meetings wahrgenommen zu werden.

Wie schätzen Sie die internationale „No-First-Use-Campaign", also die Forderung auf den Verzicht von Atommächten, im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung als Erste Atomwaffen einzusetzen und auch nicht gegen Staaten, die überhaupt keine Atomwaffen besitzen, in diesem Zusammenhang ein?

Grundsätzlich betrachte ich sämtliche Maßnahmen, die die Schwelle eines Einsatzes von Atomwaffen erhöhen, als einen Fortschritt. Der Verzicht auf den Ersteinsatz ist, wie der AVV, eine Etappe auf einem sehr, sehr langen Weg. Es geht ja nicht nur um den willentlichen und vorsätzlichen Einsatz von Atomwaffen, sondern ein Einsatz kann genauso aus Versehen, aufgrund von Kommunikationsproblemen, einer Destabilisierung von Cybersystemen usw. erfolgen. Ein wichtiger Punkt, der auf wissensbasierte Art und Weise zu behandeln ist: wie können wir Sicherheit jenseits von Massenvernichtungswaffen diskutieren? Und wie kann ein erweiterter Sicherheitsbegriff in konkretes politisches Handeln überführt werden? Es gibt nur wenige Stimmen auf dem internationalen Parkett, die sich für eine Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln einsetzen. Die mehrheitliche Ratio auf Staatenebene ist: mit welchen Waffen kann „Friedenspolitik" geschaffen werden?

Die Einhaltung des AVV braucht Kontrolle. Wie kann dieses Kontroll- oder Monitoringsystem aussehen?

Ein starkes Abkommen braucht eine glaubwürdige Verifikation. Dafür müssen wir uns auf die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) stützen, bei der bislang sämtliche Verifikationsprozesse im Atombereich zusammenliefen. Trotz ihrer Janusköpfigkeit, die zivile Nutzung der Atomenergie zu fördern und ihre militärische Nutzung zu unterbinden, brauchen wir ihre evidenzbasierte Expertise.

© Thomas Roithner

Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Zu den Arbeits- und Forschungsschwerpunkten des gebürtigen Linzers zählt u. a. die atomare Rüstungspolitik. 2020 erschien sein Buch „Flinte, Faust und Friedensmacht. Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU" im myMorawa Verlag.

Der PLAGE ist es ein Anliegen, Aufklärung über die unmögliche Trennbarkeit von ziviler und militärischer Atomenergienutzung zu betreiben. Die Infrastruktur, die für den Betrieb von Atomkraftwerken im Rahmen einer „zivilen" Nutzung erforderlich ist, deckt sich mit jener, die für eine militärische Nutzung der Atomtechnologie als Atomwaffen notwendig ist. Inwieweit ist der Umstand dieser unmöglichen Trennbarkeit in der Friedensforschung verankert?

In der Friedensforschung gibt es ein breites Bewusstsein dafür, dass man die militärische von der zivilen Nutzung nicht trennen kann. Wer kontrolliert, wie hoch Uran tatsächlich angereichert wird und wie ist das politisch und technisch zu bewerkstelligen? Es geht auch um die Frage, wie breit wir den Friedensbegriff ansetzen. Geht es rein um die Verhinderung von Krieg und Gewalt oder bedeutet Friede darüber hinaus, eine intakte ökologische Lebensgrundlage zu haben, sozialen Frieden zu genießen usw.

Einerseits ist eine quantitative atomare Abrüstung zu verzeichnen, andererseits steigt die Funktionalität atomarer Waffensysteme enorm. Wie kann die Friedensbewegung hier ein Bewusstsein schaffen, dass ein Weniger an atomaren Waffen nicht das alleinige Ziel sein kann?

Die qualitative Aufrüstung ist tatsächlich ein großes Problem. Es gibt neue Präzisionswaffen mit höherer Sprengkraft. Weitere Schlagworte sind die künstliche Intelligenz bei Waffensystemen, Drohnen und die Militarisierung des Weltraumes. Durch die Entwicklung und den Einsatz von sog. „mini-nukes" könnte ein Atomkrieg „regional" führbar werden. Die bisherige Rüstungskontrolle und Abrüstung konnte mit diesen Entwicklungen nicht Schritt halten. Auch bei anderen Vertragswerken bildet sich die Tendenz ab: national = Trumpf! Die internationale Zusammenarbeit ist nur gut, wenn sie den nationalstaatlichen Interessen dient. Das ist eine dramatische Entwicklung.

Derzeit findet die von der US-Armee geleitete Militärübung „Defender-Europe 21" mit den NATO-Mitgliedsländern und ihren Partnern statt. In unterschiedlichen Manövern übt die NATO die Verteidigung Europas und das Zusammenspiel mit den Truppen der USA. Die Militärübung verdeutlicht, dass der AVV nicht nur ein symbolischer, sondern ein eindeutiger Vertrag mit klaren Auswirkungen ist. Der Transport von Atomwaffen zu Land, Wasser und Luft ist auf den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten verboten. Für Deutschland hieße eine Ratifizierung auch, dass die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Staatsgebiet wie derzeit in Büchel (Rheinland-Pfalz) Geschichte wäre.

Ein bewegender Moment: der „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ wurde am 7. Juli 2017 unterzeichnet.

Angesichts neuer Waffensysteme, veränderter Kräfteverhältnisse seit dem Ende des Kalten Krieges und der Art und Weise, wie internationale Konflikte ausgetragen werden, erscheint es beinahe anachronistisch, Nuklearwaffen als Abschreckungsargument heranzuziehen. Andererseits haben Atomwaffen realpolitisch aber noch immer genau diese Bedeutung. Wie passt das zusammen?

Die nukleare Karte spielt bei unterschiedlichen Konflikten tatsächlich noch immer eine sehr große Rolle. Der Konflikt zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir erlangt nicht zuletzt eine derart große Bedeutung, weil sich hier zwei Atommächte miteinander streiten. Auch bei dem Ringen um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten spielt die nukleare Karte eine große Rolle. In diesem Zusammenhang ist eine nuklearwaffenfreie Zone im Nahen Osten, als ein kleiner Fortschritt, immer wieder zu diskutieren. Nicht nur im Sinne der Abrüstung, sondern als ein Projekt der Verständigung und der Vertrauensbildung. Wir brauchen einen Austausch darüber, wie wir Friede und Sicherheit ohne Massenvernichtungswaffen, wie Atomwaffen, denken und umsetzen können.

Das Interview führten Christa Wieland, Heinrich Breidenbach und Julia Bohnert. Text: CW/JB

It’s time to stop the madness. Join the movement! Die beeindruckende Kampagne der Organisation ICAN und viele weitere Infos zum AVV.

© Thomas Neff

Die PLAGE nahm am Munderfinger Windparklauf 2021 teil.

Munderfinger Windparklauf

EUR 547,– für die PLAGE! Plage Obmann Franz Daschil und Aktionsleiter Thomas Neff bedanken sich herzlich bei den Veranstaltern, EWS Consulting GmbH, Frau Andrea Schoßleitner und der Gemeinde Munderfing: „Ein schöneres Symbol gibt es nicht!"

(HB) Am 11. Juni konnte nach einem Jahr Corona-bedingter Pause unter strengen Sicherheitsauflagen der mittlerweile schon traditionelle „Munderfinger Windparklauf" heuer wieder stattfinden. Die 5 oder 11 Kilometer Strecke nahmen rund 70 LäuferInnen in Angriff, darunter auch eine Gruppe der PLAGE, organisiert von Aktionsleiter Thomas Neff. Der Tag wurde wieder von zahlreichen BesucherInnen genutzt, um einen Blick hinter die Kulissen des Windparks zu werfen, der umweltfreundlichen Strom für 10.000 Haushalte produziert. Besonders erfreulich ist, dass die Veranstalter die Erträge der Tombola von 547 Euro der PLAGE spendeten.

Daschil und Neff betonen: „Strom, der nicht mit Risiken für tausende Jahre, sondern mit der sanften Kraft des Windes umweltfreundlich erzeugt wird, ist unser gemeinsames Ziel. Der Windparklauf zeigt die Verbundenheit der Bevölkerung mit dieser Form der Energiegewinnung. Besser kann unsere Arbeit gar nicht unterstützt werden."

Aus dem PLAGE-Nähkästchen, oder wie uns die „Salzburger Nachrichten" einen freien Vormittag schenkten.

(HB) Wir hatten es uns fein ausgedacht. Mit aktuellen Messergebnissen aus Salzburg, anschaulich ausgestellt zum Beispiel mit einem Riesenpilz, wollten wir zum Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl am 26. April eine kleine öffentliche und – wie wir hofften – auch öffentlichkeitswirksame Aktion beim Wackersdorf-Denkmal am Mozartplatz machen.

Wir staunten nicht schlecht, als wir am 23. April den Lokal-Aufmacher der Salzburger Nachrichten lasen: „Tschernobyl ist auch 35 Jahre später messbar". Exakt die selbe Botschaft, exakt die selben Informationen. Auch gut, respektive auch schlecht. Nachdem uns in der Kürze nichts besseres mehr einfiel, blieben wir zu Hause.

Tschernobyl: „Bedenkliche Signale aus dem Atomreaktor"

(HB) Die Kernenergie ist eine nicht beherrschbare Technologie. 35 Jahre nach dem Supergau im Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine wird laut Frankfurter Rundschau ein „deutlicher Anstieg" der Signale aus dem ummantelten Reaktor festgestellt: „Vor allem im Reaktorblock 4 soll es wieder vermehrt zu Kernspaltungen gekommen sein." Sanierungsmaßnahmen erweisen sich als ebenso immens teuer wie sogar möglicherweise als kontraproduktiv: „Vor vier Jahren wurde über den besagten Bereich ein 1,5 Milliarden US-Dollar teure Ummantelung errichtet. Dieser Betonmantel verhindert, dass weiteres Regenwasser in die verseuchten Räume eindringt. Das dort befindliche Corium trocknet, was nach Meinung der Fachleute die erhöhte Spaltreaktion verursacht."
Frankfurter Rundschau 12. Mai 2021

Internationales EURATOM-Webinar

(JB) Am 13. April 2021 war es endlich soweit. Nach monatelangen Vorbereitungen und COVID-19 bedingten Verschiebungen fand das Webinar "EURATOM – an Obstacle to a Fast and Fair Energy Transition" (dt: EURATOM – ein Hindernis für eine rasche und faire Energiewende) endlich statt. Simultan übersetzt in drei Sprachen. Die PLAGE hat das Webinar mit fünf weiteren europäischen NGOs (aus Frankreich, Dänemark, Deutschland und Österreich) und der französischen EU-Parlamentsabgeordneten Michèle Rivasi ins Leben gerufen. Das Webinar widmete sich der Leitfrage, wie die „Konferenz zur Zukunft Europas" der EU genutzt werden kann, um den EURATOM-Vertrag loszuwerden.

In regelmäßigen Abstimmungs- und Strategiegesprächen haben wir NGOs das Konzept für die Veranstaltung erbrütet, über die Inhalte, mögliche ReferentInnen und unsere Stoßrichtung diskutiert, an unseren Präsentationen gefeilt, die jeweiligen Nationalratsabgeordneten und EU-Parlamentarier eingeladen, ebenso wie unsere Kontakte in der Anti-Atombewegung und natürlich auch Sie!

Nach unseren gemeinsamen Kurzstatements zu EURATOM erläuterte die Rechtsanwältin Dr.in Dörte Fouquet (Europa- und Energierechtsexpertin) rechtliche Möglichkeiten und Christian Beck vom Büro des EU-Parlamentariers Daniel Freund jene im Rahmen der Zukunftskonferenz. Fouquet veröffentlichte kurz darauf ein juristisches Gutachten mit Reformvorschlägen zum EURATOM-Vertrag, das sie im Auftrag der österreichischen Bundesregierung erstellt hatte. In einer Pressekonferenz stellten Klimaschutzministerin Gewessler und Fouquet das Gutachten vor.

Wir danken euch alle für das positive Feedback, das wir zu dem Webinar und unserer Arbeit erhalten haben!

Hier finden Sie Infos zur „Konferenz zur Zukunft Europas" und wie Sie sich dort Gehör verschaffen können!

© Julia Bohnert

SprecherInnen-Ansicht während des Webinars

Hier geht's zu den Webinar-Videoaufzeichnungen in Französisch und Englisch.

Die Dankesrede von Bundesministerin Leonore Gewessler können Sie hier auf unserer Website anschauen.

© Thomas Neff

Hoch über den Dächern, manchmal auch auf Windrädern. Thomas Neff bei einer aufwändigen Transparent- & Abseilaktion in Wien.

Goldenes Verdienstzeichen der Republik Österreich für Thomas Neff

Am 13. Jänner 2021 übermittelte Bundesumweltministerin Leonore Gewessler per Videobotschaft diese hohe Auszeichnung für Neffs über 45 Jahre andauerndes Engagement in der Umwelt- und Anti-Atombewegung. Wir gratulieren dir, Thomas!

(CW) Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, eint wohl die tiefe Überzeugung, dass das eigene Handeln wirksam ist; dass Solidarität für Schwächere zur menschlichen Pflicht gehört und wenn fehlerhafte Entwicklungen erkannt werden, unbeirrbar an einer Lösung gearbeitet wird. Sowohl für Thomas Neff als auch für seine Familie treffen diese Aspekte uneingeschränkt zu! Exemplarisch listen wir hier einige der zahlreichen Aktivitäten, die Thomas initiiert, umgesetzt oder geplant hat, auf:

- Initiative zur Errichtung Wackersdorf-Denkmal am Mozartplatz Salzburg mit Heinz Stockinger
- Umfassende Messtätigkeiten und Aufklärungsarbeit über radioaktive Strahlung unmittelbar nach dem Supergau von Tschernobyl – bis heute.
- Entfernung radioaktiver Tachoscheiben in ÖBB-Zügen, nach mehrjähriger Recherchearbeit zusammen mit Franz Daschil
- Eintrag im Guinnessbuch der Rekorde für das längste Transparent (10,6 km) der Welt mit Maria Fellner, Gerhild Kremsmair und Hannes Augustin
- Erhebung und Eliminierung von radioaktiv-strahlenden Pechblenden in Salzburgs Schulen mit Peter Marchart

Laufen für „Raus aus Euratom“ bei den Marathons in Europa, Organisation von Grenzblockaden, drei Tage Hungerstreik in Prag mit „Besuch“ von Václav Havel sowie 14 Tage Hungerstreik am Ballhausplatz in Wien gegen den Bau des grenznahen AKWs Temelin und für „Raus aus Euratom“ runden die Palette an gewaltfreiem Widerstand ab.

Diese Verleihung ist nicht nur eine Freude für die PLAGE, für alle Mitglieder und SympathisantInnen. Es ist auch eine einzigartige Auszeichnung für die konsequente und kontinuierliche Arbeit einer kleinen NGO. Stellvertretend für all jene, die sich mit Leidenschaft und Hartnäckigkeit für eine atomfreie und lebensbejahende Zukunft einsetzen!

Danke, Thomas!

Wir freuen uns, wenn auch Sie bei uns mitarbeiten möchten.
E-Mail: info@plage.at
Telefon: +43 662 643567

plage
Plattform gegen Atomgefahren.
Für erneuerbare Energien.

„Alles, was wir tun können, ist, diese Geschichten weiter zu erzählen. Dafür zu sorgen, dass sie gehört werden. Und wir müssen sie erzählen, bis es keine atomaren Lügen mehr gibt. Nur dann können wir endlich in einer atomfreien Welt leben."
(Linda Pentz Gunter)

© Privat

Linda Pentz Gunter gründete die US-amerikanische NGO *Beyond Nuclear.*

Am 29. April widmete sich die Nuclear Energy Conference (NEC) – dieses Jahr online – dem Thema „Die nuklearen Lügen zerlegen". Wir haben daran teilgenommen und waren so begeistert, dass wir Auszüge aus zwei Vorträgen mit Ihnen teilen möchten.

„Die Atomkraft hat zeit ihres Werkens auf Utopien gesetzt – Utopien, die längst als unrealistisch, als verfehlte Prognosen, als dreiste Anmaßungen, als fatale Selbstüberschätzung entlarvt sind. Lügen, kann man auch dazu sagen." Was für ein Start in eine top organisierte online-Konferenz mit eindrucksvollen ReferentInnen und Übersetzungen in drei Sprachen.

Die Nuclear Energy Conference (NEC) findet seit 2014 einmal im Jahr statt. Seither ist sie zu einem fixen Bestandteil und beliebten Treffpunkt für die internationale Anti-Atom-Bewegung, aber auch für die interessierte Zivilgesellschaft geworden. Hier finden sich die Videoaufzeichnungen aller Vorträge.

(CW/JB) Ein Kurzbericht über den Keynote-Vortrag „Die Verharmlosung der Risiken der Atomenergie – eine Geschichte geschrieben auf dem Rücken der Menschen: Tschernobyl und Fukushima – noch nicht fertig erzählt" von Alex Rosen. Der Kinderarzt und Kinderrheumatologe Dr. Alex Rosen war von 2013 bis April 2021 Co-Vorsitzender der deutschen Sektion der Organisation *Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)* und ist weiterhin aktives Mitglied.

Fleißig arbeitet die Lobby der Atomindustrie daran, die vermeintlichen „Segnungen" der atomaren Energiegewinnung für die Menschheit ins Zentrum zu stellen und die damit verbundenen Gefahren und Risiken auszublenden. Sie setzen viel daran, die gesamte nukleare Kette der Atomstromproduktion zu verschleiern, die das desaströse Ausmaß, das diese Energiegewinnungsform mit sich bringt, offenbaren würde. Vom Ausgangspunkt der Urangewinnung bis zu ihrem Ende, dem Atommüll, folgt diese Kette einem verantwortungslosen und unmenschlichen Weg der Vernichtung unserer Lebensgrundlage.

Alex Rosen zeigte in seinem Vortrag anhand der historischen Entwicklung der Atomenergie eindrucksvoll, dass Atomenergie seit ihrem Bestehen vorrangig der Gewinnung von Atomwaffen diente (Plutoniumfabrik mit „angehängter Stromproduktion"). Die Atomtechnologie ist der „zivile Backbone" für militärische Programme – auch heute noch! Die Nutzung von Atomenergie als Stromquelle ist ein elitäres Projekt, so Rosen, das nur Atomwaffenstaaten und ihre Verbündete betrifft. Mittlerweile ist es auch die teuerste Methode, um Wasser zum Kochen zu bringen. Durch den weltweiten Atomausstieg ist – sozusagen als schöner Nebeneffekt – auch die Atomwaffenproduktion in Gefahr. Eine Studie der Universität Sussex schlüsselte 2016 detailliert auf, dass das britische Festhalten an dem „zivilen" AKW-Neubau Hinkley Point C zu komplett überteuerten Preisen vielmehr den Zweck

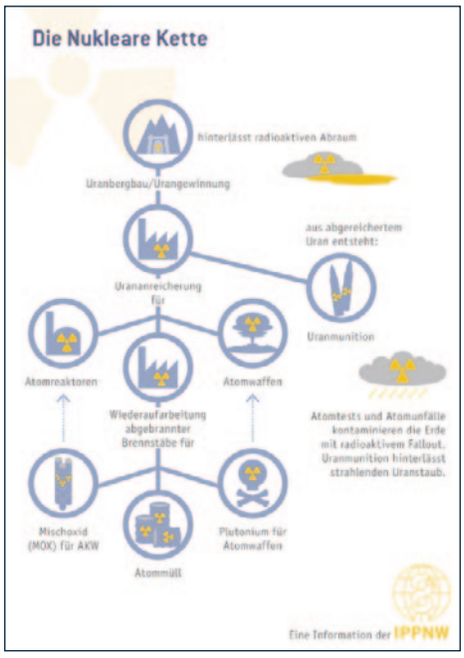
verfolge, einen Pool an ExpertInnen, Infrastruktur usw. für die militärische Anwendung sicherzustellen. Eine feine Quersubventionierung für das Militär!

Exemplarisch illustrierte Rosen anhand der unlängst geschlossenen Ranger-Uranmine im Kakadu Nationalpark in Australien, den französischen Abbaugebieten im afrikanischen Gabun und den Uranminen in Saskatchewan, Kanada, wie tausende Tonnen radioaktiv verseuchter Abbauprodukte unwiderruflich in hochsensible Ökosysteme gelangen und wie Uran meist ohne nennenswerten Schutz der Bevölkerung abgebaut wurde und wird.

Die Atomfabrik Majak in Russland (3600 km östlich von Berlin) kontaminierte durch eine Serie von Unfällen und radioaktiven Lecks ein Gebiet von mehr als 15.000 km² mit hoch radioaktiven Abfallprodukten, das tausende Umsiedlungen zur Folge hatte. Bis heute zählt diese Region zu den am stärksten radioaktiv verseuchten Gebieten der Erde und doch ist diese menschliche und ökologische Katastrophe weitgehend unbekannt.

Die Hibakusha (eine ursprünglich aus Japan stammende Bezeichnung für die Überlebenden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki) sind mittlerweile auf dem gesamten Globus zu finden. Ihr Leben ist durch Atomwaffen(-tests), radioaktiven Niederschlag und die Verseuchung ihrer Heimat essentiell betroffen. Es sind Millionen von Menschen, die unter den Folgen der zivilen und militärischen Atomindustrie leiden!

Die Verharmlosung der Risiken der Atomenergie geht weiter – auch nach Atomunfällen wie Tschernobyl und Fukushima. Wie geht die Geschichte weiter? Wem überlassen wir die Erzählung? Atomenergie ist keine sinnvolle Maßnahme, um Wasser zum Kochen zu bringen. Es liegt an uns allen, für eine atomfreie Zukunft zu arbeiten!



© IPPNW Deutschland

Die nukleare Kette

© Pressefoto ippnw.de

Dr. Alex Rosen ist aktives Mitglied der Organisation *Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges - Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW).*

(JB) Auszüge aus dem Vortrag von Linda Pentz Gunter: „Die vergessenen Gesichter der Atomlüge. Am Anfang beginnen." Linda ist Gründerin der US-amerikanischen NGO Beyond Nuclear. Dort agiert sie als Fachfrau für Internationales und leitet die Abteilung Medien und Kommunikation. Ihre Vorträge und ihre Texte sind Glanzstücke aus pointierter und kompromissloser Analyse, literarischer Umsetzung und... Leidenschaft.

„Um am Anfang zu beginnen. Will man der Geschichte der Atomkraft menschliche Gesichter geben, so muss man am Anfang beginnen. Das ist der Grund, warum diejenigen, die weiterhin für Atomkraft werben, nie am Anfang beginnen. Wenn sie das tun, würden sie den Gesichtern von Menschen begegnen, die die ersten Zeugen des grundlegend anti-humanitären Charakters des Atomzeitalters sind.

Wenn wir am Anfang beginnen, was finden wir dann? Wir finden Uran. Wir finden Menschen. Und wir finden Leid.

Wenn wir am Anfang beginnen, befinden wir uns auf dem Land der Ureinwohner Nordamerikas oder dem Land der First Nations in Kanada. Das Land der Aborigines in Australien. Dem Kongo, heute Schauplatz eines

©Niger TZai / Creative Commons

Straßenszene in Arlit, Niger – Hochburg des Uranabbaus

neuen Holocaust mit 5 Millionen Toten, wobei die Kämpfe meist um Bodenschätze geführt werden. Wir wandern im Sand der Sahelzone mit den nomadischen Touareg. Wir befinden uns inmitten verarmter Familien in Indien. In Namibia. In Kasachstan. Wir sehen schwarze Gesichter und braune Gesichter. Fast nie weiße Gesichter – obwohl es auch in Frankreich und in der ehemaligen DDR Uranabbau gab. Meist finden wir Menschen, die schon wenig hatten und noch viel mehr verloren haben. (…)

Es war zu jenem Zeitpunkt, als wir das erste Mal Uran aus dem Boden gruben, dass Atomkraft zu einer Menschenrechtsverletzung wurde. Und sie hört nie auf, eine zu sein; entlang der gesamten Uran-Brennstoffkette, vom Uranabbau über die Aufbereitung bis hin zur Stromerzeugung und zur Atommüll-Misswirtschaft.

In der Republik Niger, in Arlit, einer staubigen Wüstenstadt in der Sahelzone, leben die Menschen in Hütten ohne Wasser und Strom, deren Wände manchmal (…) aus radioaktivem Schrott gebaut sind, der vom Gelände der Uranmine stammt. Kinder sitzen auf radioaktiven Hockern. Ausrangiertes radioaktives Metall wird zu Gabeln und Löffeln umfunktioniert.

In der Ferne, ein Berg. Er ist nicht real. Aber auch keine Fata Morgana. Es ist eine Abraumhalde. Verwüstet von den Saharawinden, welche die Radioaktivität der Halde weit und breit verstreuen.

Und [der französische, pleitegegangene Nuklearkonzern] Areva, jetzt [umbenannt in] Orano, das Unternehmen, das dort Uran abbaut, macht Millionen. Ihre Manager beleuchten ihre protzigen Wohnungen in Paris mit Blick auf die Seine mit dem Atomstrom, der durch den Schweiß und die Mühen der Menschen erzeugt wird, deren Kinder radioaktive Steine von den sandigen Straßen aufsammeln. Und deren Väter im örtlichen Krankenhaus sterben, wo die von Areva angeheuerten ÄrztInnen ihnen sagen, dass ihre tödlichen Krankheiten nichts mit der Strahlung in den Minen zu tun hätten.

Als Guria in ihrem Dorf in Jadugoda, Indien, verstarb, hatte sie den Körper einer Dreijährigen. Sie war 13 Jahre alt. Sie konnte nicht sprechen. Sie konnte sich nicht bewegen. Ganz in der Nähe betreibt die Uranium Corporation of India Limited – deren Akronym UCIL ausgesprochen zutreffender Weise UKILL bedeutet – weiterhin ihre sechs Uranminen, deren Schlammbecken Gift in eine von Krankheiten und Geburtsdefekten geplagte Gemeinde versickern lassen; der aber natürlich gesagt wird, dass ihre Probleme nichts mit den Uranminen zu tun haben. Es ist eine Geschichte, die sich immer wiederholt, wo auch immer man Uranabbau findet. Die Konzerne profitieren und danach leugnen sie.

Das ist der Anfang. Aber es ist nicht der einzige Bestandteil der atomaren Lüge, den die Atomindustrie lieber verschweigen würde. Schauen wir weiter. (…)“

* Übersetzt von JB und deepl.com (das Original ist besser!)

Europa ohne EURATOM! Ein österreichischer Beitrag zur „Konferenz zur Zukunft Europas"

Anlässlich eines Gesprächs zu der Rolle von EURATOM im Rahmen der Zukunftskonferenz auf EU-Ebene mit VertreterInnen der Organisationen „atomstopp_oberoesterreich" und „Global 2000" überreichte Julia Bohnert von der PLAGE am 5. Juli 2021 Umweltministerin Leonore Gewessler die EURATOM-Analyse (s. Foto S. 5).

Gemeinsam erörtert wurde bei dem Gespräch, wie sich bei der großen inhaltlichen Schnittmenge zu EURATOM die Aktivitäten der österreichischen Regierung und der Zivilgesellschaft im Rahmen der Zukunftskonferenz sinnvoll verknüpfen lassen.

Ministerin Gewessler betonte, die Zukunftskonferenz „sei der Prozess, um grundlegende Fragen wie EURATOM zu diskutieren." Gewessler ermutigte die VertreterInnen der Anti-Atombewegung sowie die Zivilgesellschaft zu einer regen Beteiligung an der Zukunftskonferenz: „Wenn das Thema EURATOM im Rahmen der Zukunftskonferenz aus der Zivilgesellschaft kommt, sozusagen als Bedarf der europäischen Bevölkerung, das Thema zu diskutieren, dann ist das für uns der beste Aufhänger, um bei EURATOM weiterzukommen."

„Die Einleitung einer Vertragsänderung von EURATOM und die Zukunftskonferenz haben eines gemeinsam: es sind vollkommen ergebnisoffene Prozesse. Es ist wichtig, diese anzupacken und in unserem Sinn zu gestalten!", fasst Julia Bohnert das Gespräch mit Ministerin Gewessler zusammen. Für die PLAGE ist das Einbringen der aktuellen EURATOM-Analyse in den Prozess der Zukunftskonferenz ein erster Schritt.

Die PLAGE ist mit einem NGO-Bündnis (s. S. 14) auf der digitalen Plattform der Zukunftskonferenz mit dem Thema EURATOM vertreten. Nach einer kurzen Registrierung können alle BürgerInnen unsere Beiträge „Unterstützen" – wir benötigen möglichst viele Unterstützungen, um mit dem Thema EURATOM gehört zu werden.

INFO-SPLITTER

AKW China: „Probleme mit Brennstäben"

(HB) Nach Berichten über einen möglichen Störfall im südchinesischen Atomkraftwerk Taishan hat Chinas Atomaufsicht Probleme mit Brennstäben eingeräumt. Das AKW, das vom staatlichen französischen Energiekonzern Electricite de France (EDF) und der chinesischen Gruppe China General Nuclear Power Group (CGN) als Joint Venture betrieben wird, liegt in der bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich wichtigsten Provinz Guangdong. EDF und CGN bauen derzeit auch den ersten AKW-Neubau in Europa seit 2007: Hinkley Point C (GB).
ORF-Online 17. Juni 2021

Windkraft: Eine Bitte der PLAGE an die alpinen Vereine

(HB) Die PLAGE anerkennt die Leistungen der alpinen Vereine Österreichs. Wir schätzen ihre Anstrengungen für das alpine Wege- und Hüttennetz, das Engagement für die Erhaltung der Bergwelt und die vielfältigen Freizeitangebote für zehntausende Menschen. Die schroffe ablehnende Haltung der Vereine und die Aktivitäten so mancher örtlicher Funktionäre zu bisher jedem möglichen Standort für Windenergieanlagen halten wir allerdings für einseitig. Angesichts der Realitäten im alpinen Raum mit seinen Straßen, Kraftwerken, Leitungen, Liften, Pisten, Gebäuden, Zersiedelungen usw. erscheint uns diese Ablehnung auch als sehr selektiv. Ohne Windenergie kann die notwendige Energiewende nicht gelingen. Und dies würde der gesamten Umwelt langfristig jedenfalls mehr schaden als einzelne Windkraftstandorte. Wir ersuchen die alpinen Vereine, ihre einseitig ablehnende Haltung zur Windenergienutzung an geeigneten Standorten zu überdenken.

© Gottfried Griesmayr

Entdeckt: Langzeitlager im Innviertel – Endlich ein unbedenkliches Langzeitlager. Solche Brennstäbe halten dem atomkritischen Auge gerne und locker stand. Gesehen und fotografiert von Gottfried Griesmayr im Kobernausser Wald.
Sind auch Sie ein atompolitischer Spurensucher? Wir freuen uns über Ihre Zusendung.

plage
Plattform gegen Atomgefahren.
Für erneuerbare Energien.

Spenden – Abo – Mitarbeit

Sie möchten unsere Arbeit finanziell unterstützen? Jede Spende – ob groß oder klein, regelmäßig oder einmalig – hilft uns weiter!

- Salzburger Sparkasse
- IBAN: AT38 2040 4000 0000 1313

Wir haben Ihr Interesse geweckt? Sie möchten unsere PLAGE News abonnieren, PLAGE-Mitglied werden, Analysen wälzen oder gleich gemeinsam mit uns auf ein Windrad klettern?

Bitte um Kontaktaufnahme per E-Mail info@plage.at oder Telefon +43 662 643567.

Besten Dank für Ihren Beitrag zu einer atomfreien Zukunft und der Aufrechterhaltung unserer Arbeit!

www.plage.at

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665M
Verein Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Für erneuerbare Energien.
Nonntaler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Österreich · Website: www.plage.at